

Antrag

des Abg. Florian Wahl u. a. SPD

Inhaltliche Nachfragen zur Sachverständigenanhörung am 3. Dezember 2025 zum Entwurf eines Gesetzes für Teilhabe- und Pflegequalität

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. inwiefern aktuell die Heimaufsicht in den Stadt- und Landkreisen die Aufgabe hat, Hinweisen auf bedrohliche Betreuungssituationen auch in anbieterverantworteten ambulant betreuten Wohngemeinschaften nachzugehen, speziell wenn diese nicht im Zusammenhang der Leistungen des ambulanten Pflegedienstes stehen;
2. inwiefern, unter welchen Voraussetzungen und mit welcher gesetzlichen Grundlage Behörden wie zum Beispiel die Gesundheits- oder Ordnungsämter der baden-württembergischen Stadt- und Landkreise gegen den Willen der Betreiber noch Zutritt in ambulant betreute Wohngemeinschaften hätten, um etwa Hinweisen auf bedrohliche Betreuungssituationen nachzugehen, wenn für diese Wohngemeinschaften das Heimrecht nicht mehr gilt;
3. inwiefern, unter welchen Voraussetzungen und mit welcher gesetzlichen Grundlage die Polizei gegen den Willen der Betreiber Zutritt in ambulant betreute Wohngemeinschaften hat, um etwa Hinweisen auf bedrohliche Betreuungssituationen nachzugehen;
4. inwiefern, unter welchen Voraussetzungen und mit welcher gesetzlichen Grundlage der Medizinische Dienst gegen den Willen der Betreiber Zutritt in ambulant betreute Wohngemeinschaften hat, um etwa Hinweisen auf bedrohliche Betreuungssituationen nachzugehen, wenn diese nicht in Zusammenhang mit der Pflege durch den ambulanten Pflegedienst stehen;
5. welche Regelungen für außerklinische Intensivpflege in anbieterverantworteten ambulant betreuten Wohngemeinschaften sich aus dem derzeit noch geltenden Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz für Mindestwohnflächen im Vergleich zu welcher konkreten Regelung aus dem übrigen Sozialrecht ergeben und bei der Annahme des Gesetzes für Teilhabe- und Pflegequalität wegfallen würden;
6. welche Unterscheidungs- und Abgrenzungsmerkmale für außerklinische Intensivpflege in anbieterverantworteten ambulant betreuten Wohngemeinschaften sich aus dem derzeit noch geltenden Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz im Vergleich zu welcher konkreten Regelung aus dem übrigen Sozialrecht im Hinblick auf die Abgrenzung zu einer stationären Einrichtung ergeben und bei der Annahme des Gesetzes für Teilhabe- und Pflegequalität wegfallen würden;
7. maximal wie viele anbieterverantwortete ambulant betreute Wohngemeinschaften mit außerklinischer Intensivpflege mit maximal wie vielen Plätzen in Baden-Württemberg in einem einzigen Gebäude angeboten werden könnten, wenn es keine landesrechtlichen Regelungen für ambulant betreute Wohngemeinschaften mehr gibt.

5.12.2025

Wahl, Dr. Kliche-Behnke, Binder, Hoffmann, Kenner SPD

Begründung

In der Anhörung des Sozialausschusses zum Entwurf eines Gesetzes für Teilhabe- und Pflegequalität am 3. Dezember 2025 wurden von den Sachverständigen, darunter auch Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, Aussagen getroffen, zu denen inhaltliche Nachfragen bestehen. Unter anderem brachte die zuständige Staatssekretärin zum Ausdruck, dass (allein) der Medizinische Dienst und nicht die Heimaufsichten die Aufgabe hätte, Hinweisen im Hinblick etwa auf Vernachlässigungen in ambulant betreuten Wohngemeinschaften nachzugehen.